

Regierung: Kein Maulkorb für Mappus

Darf er aussagen oder nicht? Das Verwirrspiel um die Rolle von Ex-Ministerpräsident Mappus im Untersuchungsausschuss zum ENBW-Deal hält an.

HENNING OTTE, dpa

Stuttgart. Die grün-rote Koalition hält trotz des Vetos des französischen Energiekonzerns EDF eine umfassende Aussage des früheren Regierungschef Stefan Mappus vor dem Untersuchungsausschuss zum ENBW-Deal für möglich. Die Électricité de France (EDF) hatte der Landesregierung mitgeteilt, man sei nicht bereit, den ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten von seiner Verschwiegenheitspflicht zu entbinden. Hintergrund für die Weigerung ist dem Vernehmen nach, dass EDF erobert darüber ist, dass das Land den Kaufpreis für die ENBW-Anteile vor Gericht überprüfen lassen will. SPD-Obmann Andreas Stoch sagte gestern in Stuttgart, der „Maulkorb“ des damaligen Verkäufers der ENBW-Aktien betreffe ausschließlich Vertragsdetails, die bisher noch nicht öffentlich geworden seien. Deshalb könne das grün-rote Kabinett Mappus am Dienstag problemlos eine darauf begrenzte Aussage



Will sich vor dem Untersuchungsausschuss rechtfertigen: Ex-Regierungschef Stefan Mappus.

gegenüber erteilen. Auch Mappus selbst besteht auf einer Aussage, wie sein Anwalt den „Stuttgarter Nachrichten“ (Freitag) mitteilte.

Mappus hatte Ende 2010 das Geschäft mit einem Volumen von rund 4,7 Milliarden Euro am Landtag vorbei eingefeldert. Der Ex-Ministerpräsident soll am 9. März erklären, wie es zu dem Wiedereinstieg des Landes kam. Der Staatsgerichtshof hatte den Kauf am Parlament vorbei als rechtswidrig eingestuft. Grüne und SPD werfen Mappus außerdem vor, dass der Preis um rund eine Milliarde Euro zu hoch gewesen sei.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Ulrich Müller (CDU), zeigte sich verärgert über das Verhalten der Landesregierung: „Der Umgang der Regierung mit dem Ausschuss ist jenseits von Gut und Böse.“ Staatsministerin Silke Krebs (Grüne) sei erst auf ihn zugekommen, als die Verhandlungen mit EDF über die Verschwiegenheitspflicht gescheitert seien.

Stiftungsziel: Wissenschaft besser vermitteln

Karlsruhe. Wissenschaft soll auch für Laien verständlicher werden. Die Klaus-Tschira-Stiftung hat deshalb das Nationale Institut für Wissenschaftskommunikation (Nawik) in Karlsruhe gegründet. Es werde in den kommenden fünf Jahren mit bis zu zehn Millionen Euro gefördert, teilte die Stiftung gestern mit. „In der universitären Ausbildung sind Unterrichtseinheiten Mangelware, in denen neben dem eigentlichen Fach auch Kommunikationskompetenz vermittelt wird“, hieß es. Das Nawik soll zudem entsprechende Module entwickeln und erproben, die anderen Unis und Forschungseinrichtungen bundesweit angeboten werden.

Im Oktober 2012 will das Institut den Betrieb aufnehmen und zunächst Kurse für Master-Studierende und Doktoranden am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) anbieten. Dazu gehört Schreib-, Interview- und Vortragstraining. Das KIT möchte die Wissenschaftskommunikation als neues Forschungs- und Lehrgebiet etablieren und beteiligt sich ebenfalls finanziell mit einer nicht genannten Summe am Nawik. Für den Praxisbezug kooperiert das Nawik mit der Spektrum der Wissenschaft Verlagsgesellschaft in Heidelberg.

Die Stiftung des SAP-Mitgründers Klaus Tschira fördert Projekte im Bereich Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik und setzt sich für deren verständliche Vermittlung ein. lsw

Rücksicht auf andere Sitten

Alten- und Pflegeheime stellen sich auf kultursensible Betreuung ein

Kultursensible Pflege ist eine neue Herausforderung für Betreiber und Personal von Heimen. Mit der Rücksicht auf ethnische und religiöse Gepflogenheiten kann eine wichtige Klientel erreicht werden.

HANS GEORG FRANK

Heilbronn. Wenn Mohammad Heidari für die „kultursensible Pflege“ wirbt, möchte er den deutschen Standard in den Alten- und Pflegeheimen nicht abschaffen, „der ist ja nicht schlecht, den sollte man nicht aufgeben“. Für den Experten aus Köln ist, die interkulturelle Ausrichtung eine Optimierung, damit sich die Leute wohlfühlen – wir müssen das Rad nicht neu erfinden“. Der Türke betreibt ein Beratungsinstitut mit dem etwas sperrigen Namen „Wege zur Kompetenzentwicklung im intra- und interkulturellen Arbeitskontext“. In Heilbronn sprach Heidari gestern als einer der Referenten einer Fachtagung, die für die weithin unbekannteren Aufgaben sensibilisieren sollte.

Ein Drittel aller Menschen über 65 Jahre hat in Heilbronn eine Zuwandererbiografie. Die meisten kommen aus der Türkei, Rumänien und Ex-Jugoslawien. Damit sind auch Pflegeeinrichtungen mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Weil in den nächsten zehn Jahren kolossale Veränderungen anstehen, müsse unbedingt jetzt gehandelt werden, betonte Roswitha Keicher, Heilbronns Integrationsbeauftragte. Die Umstellung auf die fremde Klientel dauere lang, „das ist kein Hoppla-Hopp-Prozess“.

Für die Betreiber der Einrichtungen stellt sich nicht nur eine ethische Frage. „Das Management möchte den Leuten nicht unbedingt einen Gefallen tun“, weiß Berater Heidari. Aber: Die Aufnahme von Türken, Rumänen, Serben, Italienern, von Tschechen und Polen sei eben auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten interessant. „Der Erfolg eines Unternehmens hängt heute zunehmend von der Fähigkeit zur optimalen Nutzung und Förderung von interkulturell relevanten Potenzialen ab“, heißt dies in der Sprache des Fachmanns. Migranten sind demnach eine „Ressource“, also ein wertvoller Rohstoff oder eine Geldquelle, davon gibt es derzeit 16 Millionen in Deutschland. Um diese zu erreichen, bedürfe es einer „interkulturellen Orientierung“ als „bewusste strategische Ausrichtung“.

In den Einrichtungen gelte es, Vertrauen aufzubauen zwischen



Migranten als „Ressource“ in den Heimen: „Der Erfolg eines Unternehmens hängt heute zunehmend von der Fähigkeit zur optimalen Nutzung und Förderung von interkulturell relevanten Potenzialen ab.“ Foto: Staufenpress

Personal und Bewohnern. „Man muss sich nicht unbedingt spezialisieren, man muss eine Haltung entwickeln und sich für die andere Kultur öffnen“, erklärte Andreas Haupt von den DRK-Pflegediensten. Zur Rücksichtnahme gehört nicht allein der Verzicht auf Schweinefleisch für Moslems oder Juden, es dürfe auch niemand in eine Schublade gesteckt werden. „Nicht jeder Türke ist ein Moslem“, betonte Keicher.

Besondere Beachtung verdient nach Auffassung der Fachleute die Tagespflege. Sie sei dann eine Alternative zum stationären Aufenthalt, wenn Kinder die betagten Eltern „nicht ganz abgeben“ wollten. „Dieser Aspekt spielt in vielen Kulturkreisen eine große Rolle“, berichtete Roswitha Keicher aus Erfahrung. Güllü Savas, Integrationsbeauftragte der Stadt Neckarsulm, geht davon aus, dass nur für eine Genera-

tion der Migranten eine Brücke gebaut werden müsse, „dann mischt sich das automatisch“. Bei der Ausbildung des künftigen Pflegepersonals in der Heilbronner Peter-Bruckmann-Schule nimmt Sensibilität für andere Kulturen breiten Raum ein. „Schulen haben eine ganz wichtige Schlüsselrolle“, erkannte Rektor Karlheinz Volkmann. Dank der Zusammensetzung der Klassen werde „multikultureller Umgang gelebt“. Die Schüler zwischen 17 und 45 Jahren bräuchten differenzierte Erfahrungen und Einstellungen mit, sagte Lehrer Martin Kress, „das Zusammenleben ist uns nicht fremd“.

Nicht nur deutsche Pflegekräfte haben sich auf andere Ansprüche von Migranten einzustellen. Auch Betreuer, etwa aus Afrika, müssten lernen, „mit schwierigen Deutschen umzugehen“, betonte Mohammad Heidari. „Da darf man nicht gleich die Rassismuskule rausholen.“ Er kennt Fälle, in denen die zunächst wegen ihres Kopftuchs abgelehnte Frau zur „Bezugsperson Nummer eins“ geworden sei.

Deutsche, die 75 Prozent in den Heimen stellten, müssten nicht fürchten, vernachlässigt zu werden, gab Heidari Entwarnung: „Die sind unser Rückgrat.“

Wie Muslime angemessen gepflegt und betreut werden

Pflege von Muslimen unterliegt ganz bestimmten Prinzipien des Glaubens und den traditionellen Formen des Zusammenlebens. Dennoch gebe es keine allgemeingültige Checkliste, sagt Filiz Güllü, die sich als „Kulturelle Mittlerin“ versteht, es handle sich stets um „ein Individuum mit eigener Geschichte, Persönlichkeit und Weltanschauung“. Das Gebet, fünf Mal am Tag Richtung Mekka, sei auch für Kranke und Bettlägerige Pflicht.

Rituelle Reinheit ist für Muslime sehr wichtig. Dazu gehört das Waschen von Gesicht, Armen, Füßen und Anfeuchten der Haare. Bei Kranken könne dafür ein Wasserkrug neben das Bett gestellt werden. Die tägliche Körperreinigung erfolgt unter fließendem Wasser. Haare unter Achseln und im Intimbereich gelten als unrein, sie müssten mindestens einmal wöchentlich entfernt werden; außerdem seien Finger- und Zehennägel zu schneiden.

Die Sterbebegleitung eines Muslims sei nur Muslims erlaubt. Bis zum letzten Atemzug seien Verse aus dem Koran zu rezitieren, schreibt Güllü. Dabei seien bestimmte Worte zu wiederholen: „Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt und ich bezeuge, dass Mohammed sein Gesandter ist.“ Nach rituellen Waschungen müsse der in Leinen gewickelte Verstorbene „umgehend“ beerdigt werden, „der Kopf blickt nach Mekka“. hgf

G-9-Antragsflut macht nervös

Schulversuch offenbar stark überbucht – SPD und Grüne uneins

Noch trudeln letzte Anträge fürs neunjährige Gymnasium im Kultusministerium ein. Doch schon vor der offiziellen Verkündung der Bewerberzahl für den Schulversuch steigt im Koalitionslager die Nervosität.

ROLAND MUSCHEL

Stuttgart. Gibt es nun 50 Anträge zur Teilnahme am Schulversuch fürs neunjährige Gymnasium? Oder gar über 100? Oder wird die Zahl, die das Kultusministerium nach Ablauf des gestrigen Stichtags am kommenden Dienstag offiziell verkünden will, irgendwo dazwischen liegen? Egal welcher Wasserstandsmeldung, die dieser Tage in Kreisen der grün-roten Regierung die Runde machen, man Glauben schenkt: Fest steht offenbar, dass der zunächst auf 22 Teilnehmer begrenzte Schulversuch deutlich überbucht sein wird.

Das sorgt schon vor der abschließenden Zahl und der sich daraus für SPD-Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer ergebenden Qual der Wahl für Nervosität innerhalb der Koalition. Denn eine hohe Bewerberzahl könnte den zwischen roten G-9-Verfechtern und grünen Bremsern einer Teilerückkehr zum neunjährigen Gymnasium nur mit erheblichen Reibungsverlusten erzielten Kompromiss gefährden. Danach sollen zum Schuljahr 2012/13



Tempo rausnehmen beim Abi: Versuchsweise wird die Gymnasialzeit wieder verlängert. Das Angebot soll es im Herbst zunächst an 22 Standorten geben. Foto: dpa

die ersten 22 und zum Schuljahr 2013/14 weitere 22 Schulen neben acht – auch wieder neunjährige Züge anbieten dürfen.

„Es gibt keinen Grund, an dieser Vereinbarung zu zweifeln“, versuchte Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann bereits vorab möglichen SPD-Forderungen nach einer Erhöhung der Zahl der G-9-Schulen entgegenzuwirken. „Allererstes Ziel“ sei, Verbesserungen beim achtjährigen Gymnasium zu erreichen. So werde der Bildungsplan überarbeitet, um die Stofffülle zu reduzieren. Der Kompromiss mit 44 Gymnasien, sagte Sitzmann, sei „ein guter Weg“. Dagegen wäre dem Vernehmen nach nicht nur der Städtetag,

sondern auch die SPD bereit, die Deckelung auf zunächst 22 und dann 44 Teilnehmer zu lockern. Vor allem SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel hat sich in der Vergangenheit für eine bei entsprechender Nachfrage möglichst hohe Zahl von bis zu 120 Versuchsschulen stark gemacht.

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke findet dagegen, dass ein Nebeneinander von G 8 und G 9 „überhaupt keinen Sinn“ mache. Kritisch äußerte sich auch der CDU-Bildungsexperte und frühere Kultusstaatssekretär Georg Wacker: „Solange wir kein schlüssiges pädagogisches Konzept für diese G-9-Versuche kennen, können wir sie auch nicht befürworten.“

NOTIZEN

In Lkw-Kran gerast

Aichelberg. Ein Schaden von rund 100 000 Euro ist bei einem Unfall zweier Lastwagen auf der A8 nahe Aichelberg (Kreis Göppingen) entstanden. Laut Polizei raste der Fahrer eines nagelneuen Lastwagens mit seinem Fahrzeug ungebremst gegen den ordnungsgemäß eingeklappten Turmkran eines Pannens-Lkw. Dieser hatte auf der Standspur angehalten, der Kranaufbau ragte aber dennoch eineinhalb Meter in die Fahrbahn. Beim Aufprall wurde das Fahrerhaus des aufgefahrene Lastwagens zerstört. Der Fahrer erlitt einen Schock.

Absturz beim Baumfällen

Neudenu. Beim Versuch, einen Baum auf seinem Grundstück zu fällen, ist in Neudenu (Kreis Heilbronn) ein 67-jähriger Mann ums Leben gekommen. Wie die Polizei gestern mitteilte, war der Mann mit seiner Säge auf eine fünf Meter hohe Mauer gestiegen. Den Baumwipfel sicherte er mit einem Seil. Als dieser zu Boden fiel, wurde der 67-Jährige vom Seil mitgerissen. Er stürzte auf einen gepflasterten Weg.

Unter Sattelzug gerutscht

Weil am Rhein. Ein 62-jähriger Autofahrer ist auf der Autobahn 5 bei Weil am Rhein (Kreis Lörrach) an einem Stauende auf einen Lastwagen gerast und dabei lebensgefährlich verletzt worden. Aus noch unbekannter Ursache war er gestern von der Überholspur nach rechts abgekommen und rutschte nahezu ungebremst unter einen Sattelzug, wie ein Polizeisprecher sagte. Die A5 Richtung Süden und die Anschlussstelle zur Autobahn 98 waren während der Bergung zeitweise komplett gesperrt.

Premiere für Stipendien

Konstanz. Die Universität Konstanz verbitt im Sommersemester 2012 erstmals Deutschlandstipendien. Zwölf Studenten erhalten von April an das Jahresstipendium von 3600 Euro, wie die Universität gestern mitteilte. Bei der Auswahl der Stipendiaten hätten neben Studienleistungen auch soziale Kriterien eine Rolle gespielt. Die Stipendien werden jeweils zur Hälfte vom Bund sowie von privaten Geldgebern getragen.

Auf Gegenspur geraten

Zimmern. Bei einem Frontalzusammenstoß auf der B 462 bei Zimmern (Kreis Rottweil) sind gestern eine Frau schwer und zwei Männer leicht verletzt worden. Der 20-jährige Unfallverursacher hatte nach Polizeiangaben eine rote Ampel übersehen. Im letzten Moment erkannte der Fahrer die wartenden Fahrzeuge und versuchte nach links auszuweichen. Dabei geriet er auf die Gegenfahrbahn, wo es zum Zusammenprall mit einem entgegenkommenden Auto kam.

STUTTGARTER SZENE

Schwarz-Grünes

Schwarz-Grün geht zusammen im Land, vor allem bei den Geschenken: Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), Gast in der alldienststäglischen Landespresskonferenz (LPK), überreichte dem Vorsitzenden Joachim Rueck eine „Black Roll“ zum turnusgemäßen Abschied nach zwei Jahren. Die schwarze Rolle ist angeblich geeignet, allerlei Verklebungen und Verspannungen zu lösen – was man in der Politik ebenso gut brauchen kann wie als passionierter Jogger, Ruecks Freizeitspaß. Der Korrespondent der „Heilbronner Stimme“ hat als bislang einziger LPK-Chef gleich drei Ministerpräsidenten das Wort erteilt: Günther Oettinger, Stefan Mappus und nun Kretschmann. Mit der SWR-Fernseh-Kollegin Edda Markeli als Rueck-Nachfolgerin und gleich drei von vier weiteren weiblichen Vorständen setzt die LPK auch ein frauenpolitisches Zeichen.

Fünf-Minuten-Landtag

Parlamentarier können es auch kurz machen: Keine fünf Minuten dauerte gestern die 28. Sitzung des 15. Landtags. Dennoch musste Landtagspräsident Guido Wolf (CDU) die miteinander redenden Abgeordneten ermahnen: „Die Tagesordnung ist so überschaubar, dass meine Bitte um Konzentration keine überzogene Anforderung darstellt.“ Bei der anschließenden Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 15. Bundesversammlung gingen alle Arme nach oben. Fast alle: Auf der Regierungs-

bank saßen die Minister Rainer Stickenberger (SPD) und Theresia Bauer (Grüne), von dort aus aber darf nicht abgestimmt werden.

Maulwurf als Maskottchen

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen: Weil im Integrationsressort von Bilkay Öney (SPD) ein „Maulwurf“ vermutet wird, seit Vertrauliches via E-Mails an Oppositionspolitiker gelangte, ist das unterirdisch lebende Säugetier derzeit Star parlamentarischer Aktivitäten. In zehn feinsinnigen Fragen an die Landesregierung begehren CDU-Abgeordnete etwa zu wissen, „welche Behandlung beim gefangenen Maulwurf vorgeschrieben ist“. Derweil kann sich die Ministerin seit gestern an einem Steiff-Exemplar erfreuen: Überreicht hat es ihr der Neckarsulmer CDU-Abgeordnete Bernhard Lasotta mit den Worten: „Es gibt keinen Maulwurf, aber jetzt haben Sie einen.“ Öney will ihn Bernhard nennen. abö/wie



Ab sofort ein Team: Bilkay Öney und ihr Plüsch-Maulwurf. Foto: dpa